



WIFAG

Demo gegen Job-Abbau und für guten Sozialplan

Gestern demonstrierten 50 Mitarbeiter der Druckmaschinenherstellerin Wifag gegen die geplanten Entlassungen. Die Gewerkschaften fordern einen «anständigen Sozialplan». **Seite 25**

STADTRAT

Keine PUK Bärenpark

Der Stadtrat will keine PUK zum Bärenpark-Debakel. Der Gemeinderat habe mit einer Administrativuntersuchung richtig reagiert.

Wer trägt die Verantwortung für die Kostenexplosion beim Bau des Bärenparks? Nur eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) garantiere dafür genügend Unabhängigkeit, appellierte Luzius Theiler (GPB) an seine Stadtratskollegen. Immerhin gelte es auch die Rolle des Gemeinderats zu prüfen.

Kein Verständnis zeigte Theiler deswegen für das Vorgehen des Gemeinderats: Dieser hat am Mittwoch alt Obergerichtspräsident Ueli Hofer mit einer Administrativuntersuchung beauftragt. «Der Gemeinderat will in penetranter Art nicht, dass der Stadtrat die Sache in die Hand nimmt», meinte Theiler.

Dolores Dana (FDP) erinnerte daran, dass eine PUK für Ereignisse von grosser Tragweite vorgesehen sei. Dies treffe nicht zu: «Das wäre mit Kanonen auf Spatzen geschossen.» Zudem sei eine Administrativuntersuchung keinesfalls zahlos, erinnerte sie an die Untersuchung zu den Krawallen am 6. Oktober 2007: «Da kam der Gemeinderat auch nicht gut weg.»

Dem schlossen sich GFL/EVP, GB und SP an. Sie warnten aber davor, die Affäre zu verniedlichen: «Sollte sich zeigen, dass Gemeinderatsmitglieder längst wussten, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, müssen wir noch einmal über die Bücher», sagte Peter Künzler (GFL).

Unterstützung erhielt Theiler von SVP/SD, BDP/CVP, PdA und GLP. Der Gemeinderat wolle die Sache aussitzen, argwöhnte Kurt Hirsbrunner (BDP). Schlimmer als in einer Bananenrepublik sei das, stimmte Erich Hess (SVP) zu. Jan Flückiger (GLP) erinnerte an die unbefriedigende Informationspolitik des Gemeinderats bei den von ihm in Auftrag gegebenen Untersuchungen in der Sozialhilfe: «Das Misstrauen ist da.»

Die Rügen nützten nichts: Der Stadtrat lehnte eine PUK nach langer Debatte mit 37 zu 27 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab. **AZU**

O-TON

«Diese Initiative ist viel zu teuer. Die Stadt Bern ist bereits heute die Milchkuh für die Finanzierung der Sicherheit im ganzen Kanton Bern.»

Giovanna Battagliero (SP)

«Wollen wir, dass hinter jeder Bürgerin und jedem Bürger ein Polizist steht?»

Rahel Ruch (JA!)

«Seit 27 Jahren wurde die Polizei in Bern nicht mehr aufgestockt. Die Sozialausgaben haben sich im gleichen Zeitraum verfünffacht.»

Philipp Müller (FDP)

«Das Sicherheitsproblem soll anders gelöst werden als mit einer Aufstockung des Polizeikorps.»

Christine Michel (GB)

«Die Initiative hat ihren Zweck bereits erreicht. Die Regierung wurde zum Handeln gezwungen.»

Michael Köpfler (GLP)

«Wir unterstützen den Gegenvorschlag des Gemeinderates. Es ist aber bedauerlich, dass die Regierung in Sicherheitsfragen so lange gemauert und erst auf Druck reagiert hat.»

Barbara Streit-Stettler (GFL/EVP)

«Der Gegenvorschlag des Gemeinderates ist Baldrian für die Bevölkerung.»

Rudolf Friedli (SVP)

«Bern ist eine sichere Stadt. Bern ist kein Sündenpfeil. Aber wir haben Probleme an Wochenenden und nach Mitternacht. Es wird härter und schneller zugeschlagen.»

Reto Nause, Sicherheitsdirektor (CVP)

SICHERHEIT IN DER STADT BERN

Stadtrat gegen Initiative

Bern ist ein bisschen unsicher: Der Stadtrat sagt Nein zur Sicherheitsinitiative der FDP und unterstützt stattdessen knapp den Gegenvorschlag des Gemeinderats. Dieser will die Polizeipräsenz jährlich um 20 000 Stunden erhöhen.

Ist alles bloss eine Frage der Wahrnehmung? Die gestrige Diskussion im Berner Stadtrat über die Sicherheitsinitiative der FDP machte den Anschein: «Objektiv betrachtet ist Bern relativ sicher», sagte Corinne Mathieu (SP) namens der vorbereitenden Kommission und im Einklang mit der Meinung des Gemeinderats. Auch mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung stehe es nicht schlecht, ergänzte sie mit Verweis auf einschlägige Umfragen.

Irreführende Statistik

«Gewalttaten in Bern haben massiv zugenommen», hielt Philippe Müller, FDP-Fraktionschef und Präsident des Initiativkomitees, entgegen. Mit «seiner» Initiative will er darum die Polizeipräsenz von 65 000 auf 110 000 Stunden erhöhen.

Die Delikte gegen Leib und Leben hätten sich in den letzten 15 Jahren fast verdreifacht, verwies Müller auf entsprechende Statistiken. Irreführend sei deshalb die Darstellung des Gemeinderats im Abstimmungsbüchlein: Dort wird die allgemeine Kriminalitätsstatistik zitiert, die in der Tendenz gegen unten weist. Diese beinhalte aber auch Hehlerei, Betrug und Ähnliches. «Da könnte man geradeso gut Blumentöpfe zählen.» Ebenso irreführend sei das Titelbild des Büchleins für die Abstimmung im März 2010, das von Bern Tourismus stammen könnte. Das Parlament korrigierte die laut Michael Köpfler (GLP) «tendenziöse Botschaft»: Es votierte für eine Auswechslung von Statistik und Bild.

Der falsche Weg?

Auch die linke Seite räumte gewisse Sicherheitsprobleme ein: «Tatsache ist, dass die Hemmschwelle gesunken ist», sagte Giovanna Battagliero (SP). «Es gibt Orte, wo man heute nachts lieber nicht mehr hingehet. Das hat nichts mit dem subjektivem Sicherheitsgefühl zu tun», ergänzte Barbara Streit (GFL/EVP).

Doch sei die Initiative der falsche Weg: Die Zahl der Stunden Polizeipräsenz gehöre nicht in



Sichere Stadt Bern? Mit diesem Bild auf der Titelseite des Abstimmungsbüchleins wollte der Gemeinderat die Sicherheitslage in der Stadt symbolisieren. Der Stadtrat ordnete gestern eine Auswechslung des Bilds an.



Unsichere Stadt Bern? Mit solchen Bildern wird das Initiativkomitee für die Initiative werben. Die Bilder für die Kampagne zur Abstimmung im März 2009 sind noch nicht definitiv ausgewählt.

die «Verfassung» der Stadt, argumentierte Battagliero. Das sei systemwidrig. Die Initiative will, dass die Präsenzstunden in der Gemeindeordnung quasi in Stein gemeisselt werden. Die Initiative sei halt die Quittung dafür, dass 27 Jahre lang versäumt wurde, die Polizei aufzustocken, entgegnete Bernhard Eicher (FDP). «Die Initianten haben schlicht keine andere Wahl gehabt», hielt auch Michael Köpfler (GLP) fest.

Während die SVP und die CVP/BDP die FDP-Initiative unterstützten, redeten GFL/EVP, GB/JA und SP dem Gegenvorschlag des Gemeinderats das Wort: Das sei eine massvolle und flexible Lösung. Der Gemeinderat will die

Polizeipräsenz um 20 000 Stunden erhöhen. «Das ist nicht gar nichts, damit können wir die Probleme bewältigen», warb Sicherheitsdirektor Reto Nause (CVP) für diese «massgeschneiderte Lösung», die mit der Polizei erarbeitet wurde.

Was Sicherheit kosten darf

Für Philippe Müller geht der Gegenvorschlag zu wenig weit: Schon bei der Initiative gehe es «nur» um 40 zusätzliche Polizisten. Das seien 6 Prozent mehr – «und dies verteilt auf 27 Jahre». Die Sozialausgaben hätten sich im selben Zeitraum mehr als verfünffacht, rechnete Müller vor.

Zu reden gaben auch die Kosten: Während die Umsetzung

der Initiative die Stadtkasse mit jährlich 5,8 Millionen Franken belasten würde, kostet der Gegenvorschlag bloss 2,2 Millionen. Die Stadt bezahle schon jetzt pro Kopf der Bevölkerung kantonsweit mit Abstand am meisten für die Sicherheit, sagte SP-Fraktionschefin Battagliero. «Diese Diskussion hier müsste auf kantonaler Ebene geführt werden», folgerte Christine Michel (GB). Bern dürfe nicht zur Milchkuh des Kantons werden, sagte auch Battagliero.

Der Stadtrat lehnte die Initiative mit 39 zu 31 Stimmen ab. Den Gegenvorschlag empfiehlt er mit 36 zu 34 Stimmen zur Annahme. **ADRIAN ZURBRIGGEN**

Bis Samstag verrückter Postenverkauf: Schrauben, Nägel, Reissnägel, Muttern etc. zu unglaublichen Preisen!*

ANZEIGE

«Die Schweiz hat es nicht nötig, mit dem Leiden der Menschen in Kriegsgebieten Geld zu verdienen.»

Roland Näf, Vizepräsident SP Kanton Bern, Grossrat, Muri

JA zum Verbot von Waffenexporten am 29. November.

Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte, PF 0048, 3001 Bern

www.kriegsmaterial.ch



ANZEIGE